

10.Februar 2018

Presseinformation Nr.7 (Seite 1 bis 8)

System Deutschland 2018: Systemkrise? Staatskrise? Wendepunkt! Kein Weiter so!

**Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein
Teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Gigantische kriminelle Umverteilungspolitik erzwungen durch
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Mit verheerenden Folgewirkungen,
mit totaler staatlicher Diskriminierung der Opfer zu
politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung der staatlichen Übergriffe
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
mit gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010
Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa**

unter Verantwortung von

- > **Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)**
- > **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)**
- > **Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).**

Herausragendes Lebenswerk des Verfassers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (1977-2003) mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution, herausragend durch professionelle Leistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum und Erschließung der Mittelstandspotentiale

dokumentiert in mehreren 100.000 ISBN-nummerierten Congressbänden

> > > www.euro-online.de

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Das Lebenswerk wurde nachhaltig zerstört, die Zerstörung wurde heimtückisch geplant, die Planung mit regierungsnahen Institutionen abgestimmt und brutal ausgeführt, im Rahmen einer gigantischen kriminellen Umverteilungspolitik seit 1998, erzwungen mit mehrfachen Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017)

Die gigantische Umverteilungspolitik war Ursache für gigantische Zerschlagungen, mit Hartz IV und Agenda 2010 im Gefolge.

Gerhard Schröder referierte auf der **Europäischen Congressmesse**

ONLINE'91 auf Einladung des Gründers und Veranstalters:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Schröder war damals Ministerpräsident von Niedersachsen (1991-1998).

Frank-Walter Steinmeier trat 1991 (offensichtlich vor der ONLINE'91) als Referent für Medienpolitik (1993 als Büroleiter des Ministerpräsidenten) in die Niedersächsische Staatskanzlei ein.

Der Ministerpräsident war zum VIP-Empfang der ONLINE'91 unmittelbar vor seiner Rede eingeladen, in Anwesenheit von

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und zum Zeitpunkt der ONLINE'91 Präsident des Bundesrates.

Zum VIP-Treffen ist der Ministerpräsident **nicht** erschienen, hat aber im Plenum der ONLINE'91 als Sprecher teilgenommen. Sieh Internet-Link oben.

Anzunehmen ist, dass er vom Referenten für Medienpolitik Steinmeier begleitet wurde (im Auditorium anwesend). Die neuen Medien waren Schwerpunktthema.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Diese Congressmessen sind das Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist nicht mehr zu bestreiten: Als Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, bis heute als Justizopfer in einem teuflischen Unrechtssystem wird er für die verheerenden Folgewirkungen einer gigantischen Umverteilungspolitik verantwortlich gemacht, indem „rechtliches Gehör“ für die Ursachen verheerender Folgewirkungen verweigert wird. Das ist es, das

System Deutschland 2018: Systemkrise? Staatskrise? Justizkrise?

Wende mit Aufarbeitung einer teuflischen Umverteilungspolitik!

Der Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen in einem teuflischen Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem, mit einer Wand des Schweigens zu einer gigantischen, kriminellen Umverteilungspolitik, erzwungen mit mehrfachem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Das umverteilte Opfer hat sein Leben lang nichts anderes gemacht hat, als zielorientiert, professionell und mit Perfektion die Entwicklung seiner Congressmessen vorangetrieben.

Deutschland und Europa haben davon maximal profitiert. Die deutsche Digital-Branche, die deutsche Telekommunikation mit Internet und Mobilfunk waren im Jahr 2000 Weltspitze.

"8 Congress in 1 Messe", jeder Congress mit 4 ganztägigen Symposien,

insgesamt **32 (4x8) ganztägige Symposien zu**

32 Innovationsschwerpunkten der Digital-Branche waren das überlegene,

unschlagbare Konzept der innovationsorientierten Congressmessen mit **zusätzlichen, vertriebsorientierten Workshop-Reihen** der

innovationsorientierten Aussteller und

abschließende, ganztägige Tutorials mit innovationsorientiertem

Fortbildungscharakter für einen expandierenden, kreativen Mittelstand,

die „New Economy“ im Jahr 2000.

Diese Congressmessen, die mit dem weltweit einmaligen Konzept des Innovationstransfers einen signifikanten Beitrag zum Aufbau einer expandierenden, deutschen Digital-Branche, des Mobilfunks und des Internet geleistet haben, die mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den

"Nationalen IT-Gipfel" (heute Digital-Gipfel unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums, der beklagten Bundesregierung) in jährlichem Turnus umgesetzt haben, sind das Lebenswerk des Klägers.

Erdrückende Beweislage durch die Programmbroschüren in den vorgelegten Beweis-Ordner 1 und 2, oder durch alle ISBN-nummerierten Congressbände im Congressmesse-Archiv, oder durch Zeugenaussagen von höchst qualifizierten Congressleitern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Diese Congressmessen haben den Innovationsmarkt der Digital-Branche mit maximaler Qualität und ohne Subventionen dominiert. Dieser

Innovationsmarkt wurde durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 von der Schröder-Regierung völlig und brutal zerstört.

Mit Antritt der in 1998 neu gewählten Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder wurde eine gigantische Umverteilungsoperation eiskalt geplant, mit regierungsnahen Institutionen (z.B. Schaden durch öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist längst nachgewiesen, oder Gewerkschaften . . .) abgestimmt und unter Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 unter dem Deckmantel der UMTS-Funklizenzen heimtückisch, unter Täuschung der Öffentlichkeit, brutal und skrupellos erzwungen.

Mit einem ruinösen Markteingriff der Monsterklasse unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung vor mehr als 17 Jahren, der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit den verheerenden Folgewirkungen eines weltweit größten Auktionsbetrags, und danach mit einer bis heute andauernden staatlichen Diskriminierung der Opfer, überwacht und gesteuert mit einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft, wurde

das Lebenswerk des heutigen Justizopfers irreversibel zerstört, seine ansehnlichen Altersrücklagen, seine Existenz-Grundlage vernichtet: *Teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem!*

Mit dem weltweit größten Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR) der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde das jährlich wachsende Loch im Bundeshaushalt (25%) gefüllt.

Der Bundeshaushalt 2000/2001 ist das

größte Milliardengrab aller Zeiten, weil nach 1 Jahr das Loch wieder da war: **Tatsache ist, dass mit dem weltweit größten Auktionsbetrag ein blühender, deutscher Innovationsmarkt zerstört wurde zugunsten eines 25%-Lochs im Bundeshaushalt 2000 / 2001**, sehr zur Freude des internationalen Wettbewerbs, mit tödlichem Ausgang für den innovationsorientierten Mittelstand in Deutschland. 1 Jahr lang war das Loch gestopft, dann war es wieder da, sodass einschneidende Strukturveränderungen mit der Agenda 2010 und HARTZ IV nicht mehr vermeidbar waren:

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/UMTS-staatsv.pdf>

Selbst der **Flughafen Berlin ist im Vergleich nur ein kleines Milliardengrab**, wobei am Ende hoffentlich ein funktionsfähiger Flughafen existiert. Im Gegensatz zum Bundeshaushalt 2001/2002: Das Loch im Bundeshaushalt war wieder da

und die Probleme waren um ein Vielfaches gewachsen, weil der Innovationsmarkt völlig zerstört war und ausländische und inländische Kapitalgeber (Kapitalflucht) keinerlei Lust hatten, mit Investitionen in den Innovationsmarkt „schwarze Löcher“ im Bundeshaushalt zu finanzieren, an denen Albert Einstein seine Relativitätstheorie hätte nachweisen können

> > > **Beweis durch Zeugnis des**

Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier,

Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005, zuständig für die Umsetzung der gigantischen Umverteilungspolitik mit der staatlicher UMTS-Auktion 2000.

Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurden im August 2000 die UMTS-Funklizenzen an interessierte Netzbetreiber versteigert. Die Versteigerung der UMTS-Funklizenzen ist im Telekommunikationsgesetz gesetzlich geregelt.

Jedoch: Mehrfacher Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 hat bis heute andauernde, verheerende Folgewirkungen ausgelöst. Massive Verstöße gegen das Telekommunikationsgesetz (TKG)

sind längst nachgewiesen, weil mit der Regulierung des digitalen Verbrauchermarktes der digitale Innovationsmarkt zerstört wurde.

Mit dem Desaster eines Markteingriffs der Monsterklasse wurde die Innovationselite der deutschen Digital-Branche („New Economy“, Start-ups) eliminiert, sehr zur Freude des internationalen Wettbewerbs: Deutschland 2000 war digitale Spitze im globalen Vergleich. **Heute?**

Altkanzler Gerhard Schröder ist Putin-Berater mit dicker Bundeskanzler-Pension.

Die deutsche Digital-Branche ist dank seiner gigantischen Umverteilungspolitik in einem jämmerlichen Zustand:

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.

Mit dem Desaster eines Markteingriffs der Monsterklasse wurde die Grundlage einer gigantischen Umverteilungspolitik gelegt.

Die ganze Tragweite der wirtschaftlichen Auswirkungen dieser desaströsen Umverteilungspolitik wird sichtbar mit einem Blick auf das weltweite Ranking wertvollster Unternehmen Ende 2017:

Wertvollste Unternehmen

(Marktkapitalisierung Dez. 2017)

1. Apple / USA.....876 Mrd \$
2. Alphabet(Google) / USA....733 Mrd \$
3. Microsoft / USA.....661 Mrd \$
4. Amazon / USA.....570 Mrd \$
5. Facebook / USA.....516 Mrd \$
6. Berkshire Hathaway / USA..490 Mrd \$
7. Tencent Holdings / CHN....484 Mrd \$
8. Alibaba / CHN.....444 Mrd \$

Auf den ersten 8 Plätzen (Platz 6 ausgenommen) sind nur Unternehmen der Digitalbranche, das wertvollste Unternehmen Deutschlands (SAP) belegt Platz 60, USA belegt die ersten 5 Plätze, China Platz 7 und 8. Im Jahr 2000 war **China Entwicklungsland** mit deutscher Entwicklungshilfe.

Massive Verstöße gegen das Telekommunikationsgesetz (gegen Regulierungsziele gemäß §2 Abs.2 TKG) sind längst nachgewiesen,

weil mit der Regulierung des digitalen Verbrauchermarktes der digitale Innovationsmarkt zerstört wurde. Aber deutsche Justiz versteht nur „Bahnhof“.

Die staatliche UMTS-Auktion 2000 sollte Regulierungsrecht auf den Telekommunikations-Verbrauchermarkt (Mobilfunk, Internet u.a.) anwenden, hat aber aufgrund des hohen Auktionsbetrages (weltweit größter Auktionsbetrag) kontraproduktiv zu den Regulierungszielen den Innovationsmarkt irreversibel vernichtet. Das **Telekommunikationsgesetz wird bis heute bei der juristischen Bewertung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 einfach ausgeblendet.**

Ein Weiter-so darf es nicht geben. Eine Wende ist nur möglich, wenn endlich die **„Wand des Schweigens“ zu einer gigantischen, kriminellen Umverteilungspolitik, erzwungen mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000, eingerissen wird.**

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems in Schutz zu nehmen vor krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft, vor sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem: vor Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, vor sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit. Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:

Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG

Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung

Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit,

Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung.

Deutsche Justiz ist längst Teil dieser schlimmen Entwicklung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Von der Leistung des Veranstalters waren überzeugt und aktiv beteiligt: z.B.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH 1988 (verstorben 2006 in Berlin)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Prof.Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik

auf der ONLINE 1980 (verstorben 2006 in Ettlingen, siehe Kapitel 5)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

> > > Scroll down

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987 (verstorben 2004 in Baden-Baden)

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf

Dr.h.c. Lothar Späth, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena, Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE '92 (verstorben 2016 in Stuttgart)
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Prof. Dr.jur. Erich Häußler, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995 (verstorben 1999 in Bad Tölz)
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Dr. Henning Voscherau

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) (verstorben 2016 in Hamburg)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst. „Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>
Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“. . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE1997 (verstorben 2009 in Beersel / Belgien)
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001 (verstorben 2008 in Düsseldorf)
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger, 9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke, Präsident der Fraunhofer Gesellschaft von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA), Chairman Congress I auf der KOMMTECH '86 und ONLINE'89

Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck, Institutsdirektor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen, Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88

Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur, Leiter des Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität Berlin, auf der ONLINE'89

Prof. Dr. Henning Kagermann, Leiter der Entwicklung Rechnungswesenssysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf der ONLINE'89

Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentren für Künstliche Intelligenz, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim Bundespräsidenten, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95

Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Michel Carpentier, Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999
> > > <http://www.euro-online.de/1996.htm>

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

und viele andere mehr und häufig öfters waren Sprecher der Europäischen Congressmessen, ohne Honorar- und Kostenerstattung, ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-Urlaub, in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 Referenten pro Congressmesse,

für den digitalen Vorsprung **in Deutschland, Europa und weltweit**,
über 25 Jahre in jährlichem Turnus mit dem
weltweit größten Congressangebot zu den digitalen Innovationsschwerpunkten,
mit der Telekommunikation als Innovationstreiber.

**Würdigung und Anerkennung eines herausragenden Lebenswerkes mit
den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
anstatt Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
durch eine skrupellose, vom beklagten Bundeskanzleramt angewiesene
Staatsanwaltschaft,**

ist der Rechtsanspruch des Justizopfers auf Rehabilitierung durch einen Preis
mit europäischem Bezug in einem teuflischen Menschenrechte-
verletzenden Unrechtssystem in Deutschland!

Die politische Wende ist in vollem Gange. Vergangenheitsbewältigung in einem
Deutschland 2018 muss inbegriffen sein.

***Systemkrise? Staatskrise? Es ist Zeit, aus den bisherigen Krisen
des 21. Jahrhunderts zu lernen. Nur so kann eine politische
Wende auch stabil sein.***

***„Wenn es ein Land gibt,
das aus den bisherigen Krisen nichts gelernt hat,
dann ist das Deutschland“***

Paul Krugman, Nobelpreisträger für Wirtschaft 2008.

Velbert, den 10. .Februar 2018



Albin L. Ockl

Alle Presseinformationen in der Internet-Cloud nachlesbar:

Nr.7 >>> <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1802.pdf>

Nr. 6 >>> <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1708.pdf>

Nr. 5 >>> <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1707.pdf>

Nr. 4 >>> <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1702.pdf>

Nr. 3 >>> <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1604.pdf>

Nr. 2 >>> <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1602.pdf>

Nr. 1 >>> <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1308.pdf>

Oft angeklickt:

**Maischberger-Sendung über Zusammenhang von politisch
motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV**

>>> <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 72)

Aus vorangegangenen Presseinformationen (aktualisiert)

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen (6-fach) in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge, mit sozialer und wirtschaftlicher Exklusion, mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, unter Verantwortung eines Bundeskanzleramtes als Weisungsgeber an eine skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaft, unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung, unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.**

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge hat mit der Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 und 25.Sept.2017 (1 BvR 382/17, Zerschlagung 1) und mit Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 und 18.Sept.2017 (2 BvR 628/17, Zerschlagung 2) und mit Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 und 15.Jan.2018 (1 BvR 2331/17, Zerschlagung 3) an das Bundesverfassungsgericht diesen Sachverhalt wahrheitsgetreu beschrieben und die Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts beantragt: Sieh Anlagen oder im Internet

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 29 / 84)

Politisch motivierte Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge sind Gegenstand der gerichtlichen Klagen des Beschwerdeführers seit 2010:

> **Zerschlagung 1:** unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> **Zerschlagung 2:** unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung mit tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd in NRW (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)

> **Zerschlagung 3:** unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Kenntnis von, mit medialer Rundfunk Sperre zu und wegen Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1 seit 1998)

> **Zerschlagung 4:** unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage / Altersarmut

> **Zerschlagung 5:** unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft wegen verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte, für psychische Zerschlagung, für schwere Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung und Hausfriedensbruch, mit verwerflicher Rufschädigung

> **Zerschlagung 6:** bis dato mit Versagung von Rehabilitierung mit Schadenersatz für ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> **Zerschlagungswende?** : Finale, skandalöse Zerschlagung mit juristischen Scherbenhaufen der Zerschlagungen unter Verantwortung deutscher Justiz ?

mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör für erdrückende Beweislage zu staatlich erzwungener Altersarmut ?

mit ständiger Verweigerung der Anerkennung eines herausragenden Lebenswerkes (**Rehabilitierung**) mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa ?

ohne qualifizierte anwaltliche Unterstützung, weil die anwaltliche Vertretung eines Justizopfers (des Opfers eines juristischen Scherbenhaufens politisch motivierter Zerschlagungen) mit PKH-Konditionen zu komplex ist, und ganz Deutschland schaut zu!

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Durchsetzung krimineller Umverteilungspolitik sind ein **Frontalangriff auf das Grundgesetz (GG):**

„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Niemand ohne Ausnahme darf sich über das GG stellen.

Das GG soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen. Dies gilt insbesondere für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe.

⊗ **Massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte durch weisungsgebundene, skrupellose Staatsanwaltschaften:**

Psychische Zerschlagung (Zerschlagung 5)

Anweisendes Bundeskanzleramt zur nachhaltigen Durchsetzung von verfassungswidriger Umverteilungspolitik mit perfidem Missbrauch von tumber Polizeigewalt gegen wehrlose Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Weisungsgebundene Staatsanwälte haben kein Problem, massiv gegen internationale Menschenrechte zu verstoßen

Sieh

Verfassungsbeschwerde (2 BvR 741/16) vom 14.Februar 2016,

auch in der Internet-Cloud einsehbar

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Der Geschädigte, Rentner nach Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland, heute 76 Jahre alt, ist Opfer schweren Missbrauchs von Staatsgewalt ohne Haftbefehl und ohne Durchsuchungsbefehl geworden:

Der angezeigte und beklagte Täter, gesteuert von einer **skrupellosen, weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft (Weisung durch beklagtes Bundeskanzleramt einer Bundesregierung in 2014)**, Leiter einer 3-Mann-Truppe im Polizei-Bezirksdienst Mettmann, hat am Dienstag, den 17.06.2014, ca. 09.30 h, überfallartig, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, unter Vorzeige-Verweigerung seines Dienstausweises, mit Gewaltanwendung durch die 3-Mann-Polizeieinheit, mit vorsätzlichem Hausfriedensbruch, das Opfer festgenommen und gewaltsam in die JVA Gelsenkirchen mit einem vergittertem Gefängnistransporter für Schwerverbrecher abtransportiert (Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwangshaft), um trotz staatlich erzwungener Altersarmut einen strittigen Milchmädchen-Betrag von 150 € (Kosten für rechtswidrige Gerichtsverfahren seit 2011) plus Kosten der Zwangsmaßnahme, insgesamt 210 € zu erpressen. Das Opfer politisch motivierter Zerschlagung hat Strafanzeige erstattet mit Schriftsatz vom 22.06.2014 an das beteiligte Amtsgericht Mettmann.

Das Opfer beklagt **psychische Zerschlagung** als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.

Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt
Art.1 Abs.1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Gewalttätiger Polizist: „**Halt endlich deine dreckige Fresse**“

Nach Niederschlagung der Strafanzeige durch den Generalstaatsanwalt in Düsseldorf hat das Opfer ein Klageerzwingungsverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf eingeleitet mit Rechtsbeschwerde am Bundesgerichtshof, und danach mit Verfassungsbeschwerde **2 BvR 741/16** an das Bundesverfassungsgericht:

Der deutsche Staat verdient kein Mitleid,

deutsche regierungsnaher Justiz verdient kein Verständnis wegen Verweigerung rechtlichen Gehörs zu politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

und zu psychischer Zerschlagung (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Das ist kriminelle Umverteilungspolitik bis 2018: Psychische Zerschlagung mit kriminellem Missbrauch von Staatsgewalt:

Tumbe Polizeigewalt gegen Opfer einer gigantischen Umverteilung (Zerschlagung 5)

Wer wehrlose Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge, trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland, wie Rechtlose behandelt und für diese Umverteilung, Zerschlagungen, staatliche Übergriffe verantwortlich ist, **der kann nicht Bundesregierung sein!**

⊗ **Zivilrechtliche Klage des Opfers gegen die Bundesrepublik Deutschland seit 30.März 2015 (Zerschlagung 1), Landgericht Wuppertal (2 O 70/15)**
Beklagter: Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem Kanzleramtsminister

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (Agenda 2010, HARTZ IV) und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung), durch alle Instanzen in verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Verfahren, **bis heute** mit verfassungswidrigen Versagen von rechtllichem Gehör (grundrechtsgleiches Recht nach Art.103 Abs.1 GG), **bis heute** mit **Nicht**-Annahme der Verfassungsbeschwerden zur Entscheidung ohne Begründung seit 2010, nicht nur für eine, sondern für **alle** Verfassungsbeschwerden (Dauerzustand), **bis heute** mit **Verhinderung** einer Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (massiver Verstoß gegen das Prozess-Grundrecht auf ein faires Verfahren gemäß Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK)

⊗ **Zivilrechtliche Klage gegen den Freistaat Bayern seit 06.Juli 2016 (Zerschlagung 2), Landgericht Wuppertal (2 O 163/16)**
Beklagter: Freistaat Bayern
vertreten durch das Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg,
vertreten durch die Bezirksregierung der Oberpfalz,
vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese
vertreten durch den leitenden Staatsminister

Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders nach einer über 20-jährigen Treib-und Hetzjagd bis in den Tod und danach mit Fortsetzung auf seinen einzigen Rechtsnachfolger in NRW, nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag, mit Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz sowie Verhinderung von Berufungsverfahren am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zur Verdeckung der Rechtsbeugung, wegen kapitaler Vermögensschäden und tödlichem Ausgang, vor dem Hintergrund **unbewältigter NS-Vergangenheit** Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Todesfolge: **Wendelin Josef Ockl**, verstorben am 06. Juli 2012 in Themenreuth, Gemeinde Leonberg, Landkreis Tirschenreuth

Der Kläger, Bruder und einziger Rechtsnachfolger, muss bis heute die Eintragung einer Hypothek für **Gerichtskosten der Rechtsbeugung** durch die 1. Instanz des Verwaltungsgerichtes Regensburg hinnehmen. Es geht um **kriminelle Rechtsbeugung** im Umfeld einer langjährigen Treib-und Hetzjagd der regionalen Verwaltung auf einen qualifizierten Unternehmer **bis in den Tod am 06.Juli 2012 als letzten „Ausweg“**, mit wissentlicher Duldung der Bayerischen Staatsregierung, mit kapitalen Vermögensschäden für das Todesopfer und den klagenden Rechtsnachfolger, vor dem Hintergrund **unbewältigter NS-Vergangenheit mit 2 Todesopfern.**

⊗ **Verwaltungsgerichtliche Klage gegen den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk seit 15.Juli 2013 mit Antrag auf Berufung vom 25.Nov. 2016 (Zerschlagung 3),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 3968/14, 27 K 5854/13)
Beklagter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk,
vertreten durch den Westdeutschen Rundfunk, dieser
vertreten durch den Intendanten Tom Buhrow.**

Die rechtswidrige Schädigung des klagenden Opfers durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk **im Vorfeld der staatlichen UMTS-Auktion 2000** mit Live-Aufzeichnung, Live-Übertragung und zeitversetzte Übertragung aus den kostenpflichtigen, hochqualifizierten Congressen der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des klagenden Opfers

ohne Übertragungsrechte (Schaden **über 100.000 €**), ist ein zusätzlicher Beweis für die skrupellose Durchsetzung der gigantischen Umverteilungspolitik durch die ausführende Bundesregierung seit 2000 in Abstimmung mit deutschen Institutionen:

Auftakt einer gigantischen Umverteilungspolitik mit einem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit dem weltweit größten Auktionsbetrag und mit anschließender **total diskriminierender, bis heute andauernder Versagung von jeglichem Gehör** (auf zahllose Briefe, Schriftsätze, Projektvorschläge, kritische Analysen und Innovationsoffensiven) durch ARD-Vorsitzende, Intendanten und Mitglieder der Bundesregierung (Bundeskanzlerin, Bundesminister, Staatssekretäre).

⊗ **Größtes Milliardengrab aller Zeiten zur Durchsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik:**

Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR) als Monster-Markteingriff für eine gigantische Umverteilungspolitik mit flächendeckenden, verheerenden Folgewirkungen wie politisch motivierten Zerschlagungen als Ursache für Agenda 2010, HARTZ IV und Krisen am laufenden Bande

Das größte Milliardengrab aller Zeiten war der Bundeshaushalt 2000-2001: Die einmalige Einnahme durch die staatliche **UMTS-Auktion 2000** entsprach damals ungefähr dem Fehlbetrag eines einzigen Haushaltsjahres. Das bedeutete: Nach einem Jahr war der Effekt der Einnahme **verpufft**. Das Haushaltsloch war wieder da. Aber die Folgewirkungen waren verheerend:

Unternehmens-Genozid der „New Economy“, der deutschen Innovationselite für digitale Evolution, Hauptkunden der Europäischen Congressmessen ONLINE des klagenden Opfers: So geht staatlich erzwungene Einstellung der nicht mehr finanzierbaren Congressmessen mit dem **weltweit größten Congressprogramm zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation, mit Weltklasse-Höchstleistungen des klagenden Opfers für digitale Evolution inkl. nationaler IT-Gipfel über 25 Jahre in jährlichem Turnus** (nationaler IT-Gipfel oder Digital-Gipfel seit 2006 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums trotz intensiver Kooperationsbemühungen des klagenden Opfers)

⊗ **Gigantische kriminelle Umverteilungspolitik in Deutschland mit verheerenden Folgen: Mit politisch motivierten Zerschlagungen zu HARTZ IV und Agenda 2010 und Krisen am laufenden Bande**

Planer, Macher der Umverteilungsoperation: Bundesregierung Schröder I, Gewerkschaften und Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

und nun verantwortlich für deutsches Digitalisierungs-Schlusslicht:

Bundesregierung Merkel

2018: „Wir schaffen den Sprung vom Kupfer zur Glasfaser“. Und was nach dem Sprung? Neue Krisen?

Solche gewaltsame Umverteilungsoperationen sind

schlimmer als die Anwendung von Notstandsgesetzen, weil de facto

Grundrechte nicht ausgeschaltet, sondern ausgehebelt werden ohne Notstand.

Die Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu 32 Innovationsschwerpunkten (8 Congresses mit je 4 ganztägigen Symposien), mit dem jährlichen IT-Gipfel, hätten die Antwort, aber sie

hatten keinen Innovationsmarkt mehr,

weil die Gewinner der UMTS-Frequenzen (Netzbetreiber) nur noch leere Kassen hatten, mit denen kein UMTS-Netz aufgebaut werden konnte,

weil internationale und nationale Banken nicht weiter finanzieren wollten

(Kapitalflucht vor staatlichen Mammut-Auktionen/Monstermarkteingriffen),

weil die deutsche Bundesregierung den nationalen IT-Gipfel der Europäischen Congressmessen ONLINE, auf dem die beklagte Bundeskanzlerin heute eine jährliche Gipfelrede hält, so an sich reißen konnte, und das Opfer trotz intensiver Kooperationsbemühungen einfach ausgesperrt wurde: **Heimtückisch ausgehebelt, ausgesperrt, abgehängt und zerschlagen (6-fach).**

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe**

Kausaler Zusammenhang aller Zerschlagungen, weil staatlich erzwungene Altersarmut nach Auflösung ansehnlicher Altersrücklagen des klagenden Opfers gnadenlos ausgenutzt wird, z.B.

Zerschlagung 2 unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung

Der Kläger, alleiniger Erbe und Rechtsnachfolger seines verstorbenen Bruders, hat nach einer Petition an den Bayerischen Landtag im Mai 2010

umfangreiche Rechtsunterstützung gegeben, um auf Bitten seines verstorbenen Bruders seine **finale Zerschlagung** zu verhindern.

Nach kommunalpolitisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders mit Todesfolge hat er umfangreiche Rechtsbemühungen unternommen, um posthume Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen.

Eine rechtsbeugende bayerische Verwaltungsjustiz unterdrückt

bis heute das Schlüsseldokument für die finale Zerschlagung des gejagten

Opfers, das Schlüsseldokument über eine Katastrophen-Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes in 10m Entfernung vom Lebensmittelbetrieb des verstorbenen Opfers mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit periodisch auftretenden Rohrbrüchen in 5m-Entfernung vor den Backstuben des verstorbenen Opfers.

Höchstes Kontaminierungsrisiko der Katastrophen-Pumpwerksanlage war

unvermeidbar: **Das unverantwortliche Hygiene-Desaster nach einer Jahrhundert-Überschwemmung als Folge eines Wolkenbruchs** wurde vom besorgten, verantwortungsvoll handelnden Opfer im November 2011 mitgeteilt. Skandalös war die Verweigerung einer Schadensregulierung. Statt dessen:

Rache des Landratsamtes mit heimtückischer Vorbereitung eines Überfalls mit einer 8-Personen-Task-Force unter dem betrügerischen Deckmantel des Lebensmittelrechts zur finalen Zerschlagung des verstorbenen Opfers im März 2012.

Ein heimtückisch geplanter Überfall mit einer 8-Personen-Task-Force unter dem vorgetäuschten Deckmantel des Lebensmittelrechts zur tatsächlichen Beseitigung des Hygiene-Desasters der Katastrophen-Pumpwerksanlage mit finaler Zerschlagung des verstorbenen Opfers nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod am 06. Juli 2012.

Absolut illegitime Verwaltungsübergriffe gegen eine kleine, beliebte Dorfbäckerei mit einer 8-Personen-Task-Force für Bäckerei-Großbetriebe:

Gipfel der politisch motivierten Zerschlagung durch Nachkommen einer NSDAP-Vätergeneration: Die Katastrophen-Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes wurde auf dem Hofgrundstück des Todesopfers errichtet, nach Manipulation von Grundstücksrechten mit einem **NS-Dokument aus 1943 in Sütterlin-Schrift, die vom verantwortlichen Richter überhaupt nicht lesbar war, aber mit Überzeugung interpretiert wurde:**

O-Ton des Vizepräsidenten Alfons Mages des Bayerischen Verwaltungsgerichtes Regensburg bei der Präsentation des NS-Dokuments aus 1943, mit Zeugen nachweisbar:

"In der Nazi-Zeit war nicht alles schlecht, was sie gemacht haben".

Bayerische Verwaltungsjustiz, die **über die staatlich erzwungene Altersarmut des klagenden Rechtsnachfolgers ausführlich informiert war**, verhindert bis heute Berufungsverfahren zu Urteilen der 1. Instanz, um die Rechtsbeugung zu verdecken.

Bayerische Verwaltungsjustiz hat die Eintragung einer Sicherungshypothek für Gerichtskosten der Rechtsbeugung auf Kosten des Rechtsnachfolgers am Amtsgericht Velbert in NRW in 2016 erzwungen. **Zivilrechtliche Klage gegen den Freistaat Bayern seit 06. Juli 2016 (Zerschlagung 2), Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) ist rechtshängig.**

Mit Recht stellt sich der Kläger die Frage, wer für seinen Schutz in NRW verantwortlich sein könnte. Schutz gegen groben Missbrauch tumber Staatsgewalt bei extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
durch Staatsanwälte mit Weisungen von dem beklagten Bundeskanzleramt?
durch das Bundesamt für Justiz, bei dem das klagende Opfer sofortige Härteleistungen beantragt hat, das aber lieber Gerichtskosten eintreiben möchte?
durch staatliche Finanzinstitute des Freistaates Bayern?
durch kommunalen Finanzdienstleister des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks?
durch gewalttätige Polizisten, die ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, Hausfriedensbruch mit Einbruch verwechseln, . . .

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe mit tumber Staatsgewalt**
Seit 2010: Verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör durch deutsche Justiz, ohne Zugang zum Grundgesetz (Nicht-Annahme aller Verfassungsbeschwerden zur Entscheidung ohne Begründung) und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren (massiver Verstoß gegen Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK) trotz Verfügbarkeit von umfangreichem, qualifiziertem Beweismaterial und hochqualifizierter Zeugenaussagen

Deutsche Ministerpräsidenten, Bundesminister aus Berlin und EU-Kommissare aus Brüssel bescheinigten immer wieder eine herausragende Qualität der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH des klagenden Opfers mit persönlicher Teilnahme. Nur einige ausgewählte Beispiele: Sieh oben.

Der Betroffene hat in seinem gesamten Berufsleben seit Beendigung seiner akademischen Ausbildung (Telekommunikation) als Dipl.-Ing. an der Technischen Universität Braunschweig im Jahre 1967 **keine** Subventionen erhalten. Das gilt auch für alle seine Unternehmen.

Er hat ausschließlich mit Eigenleistung die in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminare aufgebaut und daraus die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot zum nationalen IT-Gipfel entwickelt und über 25 Jahre in jährlichem Turnus durchgeführt:

Er hat in dieser Zeit **über 260 Congresse**, dokumentiert in über 260 ISBN-nummerierten Congressbänden mit einer Auflage von mehreren 100.000 Bänden (Originale im Congressmesse-Archiv einsehbar) durchgeführt, z.B. die

ONLINE 2000 Düsseldorf (23 Jahre Kompetenz & Know-how)

Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows der Aussteller mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, mit Firmensymposien und Tutorials,

Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern

(Plenary & Keynote Speakers)

23. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf>

Beweise für höchste Qualifikation seiner Congressmessen wurden im Beweis-Ordner 1 und 2 der insgesamt 5 Beweis-Ordner den Gerichten vorgelegt.

Beklagt: **Unterdrückung und diskriminierende Ignoranz entscheidungsrelevanter Beweisunterlagen,**

von qualifiziertem, ordnerweise vorgelegtem Beweismaterial aus dem Congressmesse-Archiv des Opfers in den Beweisordnern 0, 1, 2, 3, 4 und in separater Beilage der ISBN-nummerierten Congressbände aus 2000 als Muster des professionellen Verlagsservice für die jährlichen Europäischen Congressmessen, das ist staatliche Diskriminierung der schlimmsten Kategorie.

Dieses qualifizierte Beweismaterial aus dem Congressmesse-Archiv des Opfers wurde in 2014/2015 zum Nachweis der Zerschlagung 1 vorgelegt bei
27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf (27 K 3968/14, Juni 2014)
27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin (27 K 308.14)
2. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (2 O 70/15)
18.Zivilsenat des OLG Düsseldorf (I-18 W 36/15)
III.Zivilsenat des Bundesgerichtshof (III ZB 108/15)
BVerfG (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16 zu III ZB 108/15)

> > > Auflistung des Beweismaterials

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe**
Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe (z.B. wie für Asylanten) beim Bundesamt für Justiz (BfJ)
Ablehnung der Kostenverantwortung für Prozesskostenhilfe-Verfahren wegen politisch motivierter Zerschlagungen
mit Versagung von rechtlichem Gehör,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren und
mit Versagung des Zugangs zum Grundgesetz seit 2010 nach lebenslangen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland, nach Verlust von Menschenleben, nach kapitalen Vermögensschäden, nach Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch, nach sozialer Ausgrenzung, mit Auswirkungen unbewältigter NS-Vergangenheit von Bayern bis NRW

Der an das BfJ (Bundesamt für Justiz) zugesandte Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe **wie für Asylanten musste** innerhalb von 2 Wochen ausgefüllt und überzeugend begründet werden. Dies wurde vom Antragsteller mit Schreiben vom 02.Dez.2016 so gut wie möglich durchgeführt. Seitdem hat er nur noch Kontakt zum lokalen Obergerichtsvollzieher, der vom Bundesamt für Justiz beauftragt worden ist, Vollstreckungsmaßnahmen für Gerichtskosten am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig trotz Antrag auf Prozesskostenhilfe durchzuführen. Wirklich unfassbar:

Versagung von rechtlichem Gehör am Bundesverwaltungsgericht ist auch Gegenstand einer Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2016 am Bundesverfassungsgericht (Umfang 424 Seiten):

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Der Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe ist vom BfJ nach einem Jahr Bearbeitungszeit abgelehnt worden. Dies ist besonders unerträglich, weil der Antrag innerhalb von 2 Wochen gestellt und umfangreich begründet werden musste (400 Seiten plus weiterführende Internet-Links).

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Keinerlei Begründung wurde vom BfJ abgegeben. Offensichtlich: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe gibt es **nur für Asylanten**, aber nicht für deutsche Staatsbürger, die extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe beklagen, obwohl sie ein Leben lang mit qualifiziertem Nachweis Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa erbracht haben, als Angehörige der Kriegsgeneration 1941, als Opfer politisch motivierter Zerschlagungen nicht einmal Härteleistungen verdienen, sondern tumben Missbrauch von Staatsgewalt über sich ergehen lassen müssen.

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe**

Opfer hat alle Staatsorgane von Deutschland und an erster Stelle seine Bundespräsidenten über die politisch motivierten Zerschlagungen in Deutschland informiert

Ebenso führende Persönlichkeiten der christlichen Kirche ausführlichst informiert:

Eine vom Opfer vorbereitete Maischberger-Sendung zur Bundestagswahl 2017 wurde nicht zugelassen (ohne Begründung durch WDR, offensichtlich Rundfunksperrung zu diesem Thema):

**Kirchen mischen sich ein, Politik nimmt Stellung:
Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu
gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010**

Eingeladen waren:

> Vorsitzender des Rates der EKD

Herrn Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm

> Erzbischof von Köln

Herrn Rainer Maria Kardinal Woelki

> und Repräsentanten politischer Parteien

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 72)

Politisch motivierte Zerschlagungen und die Deutschen Bundespräsidenten seit 2010 schauen zu

Schreiben an **Bundespräsident Horst Köhler** vom 25.05.2010 -

Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010

zurückgetreten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Schreiben an **Bundespräsident Christian Wulff** vom 14.07.2010 -

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Drei Schreiben an den **Bundespräsidenten Joachim Gauck**

Erstes Schreiben vom 12.03.2013:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Zweites Schreiben vom 28.03.2013: Wir klagen an (Fortsetzung) und

Drittes Schreiben vom 10.04.2013: Wir klagen an (Fortsetzung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Auszugsweise:

„Mit unserem Brief vom 12.03.2013 haben wir Sie darum **gebeten**, Zeuge zu sein zu ungeheuerlichen Vorgängen in der deutschen Justiz unter Verantwortung des Bundesverfassungsgerichts. **Weiterhin haben wir Sie darum gebeten**, selbst einen Blick in unsere Verfassungsbeschwerde zu werfen und eine Überprüfung zu veranlassen. Hervorragendes Beweismaterial wie z.B. unser Congressband-Archiv und hochqualifizierte Zeugenaussagen z.B. von unseren ehemaligen Congressleitern, Beiratsvorsitzenden, Träger des Deutschen Zukunftspreises (Preis des Bundespräsidenten für Technik und Innovation), nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?!=8&e=2&m=56>

> > > <http://www.euro-online.de/sprecher.htm>

Ein Bundespräsident kann Zeichen setzen und beispielsweise die Lebensleistungen der Beschwerdeführer (Unterzeichner und Ehefrau) überprüfen lassen und entsprechend würdigen.“

„Wertvolle Jahre geraubt, 26 (2x13, heute 2x17) wertvolle Jahre sind über ein Viertel Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihres Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum mit anschließender Diskriminierung und Diffamierung.

Am 20.März 2013 hat die deutsche Presse über eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts berichtet, mit der das Vollzugsdefizit vor allem bei Strafprozessen als verfassungswidrig verurteilt wird. Ein betroffener Polizist hat darüber geklagt, dass er wertvolle Jahre seines Lebens verloren hat. Er wurde in diesem Zusammenhang in 2011, also vor ca. **2 Jahren**, aus dem Polizeidienst entlassen. Die Polizeibehörde wird nun hoffentlich Anstrengungen einer ausgleichenden Gerechtigkeit unternehmen.

Hier: Die Beschwerdeführer beklagen seit 2010 verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit der Ihnen **die Existenz-Grundlage entzogen wurde**, totale Diskriminierung eines 30-jährigen Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, sodass sie den Verlust aller Altersrücklagen hinnehmen mussten trotz ihrer ausgewiesenen Lebensleistungen.“

⊗ **Gigantische Umverteilungen, politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge**
Ständige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, der bayerischen Staatsregierung und des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe ist unerträglich geworden.

System Deutschland 2018: Systemkrise? Staatskrise?

Wendepunkt!

Je größer die Krise, umso größer das Potential für einen Wendepunkt!

Kein Weiter-so: Endlich Schluss mit politisch motivierten, medial unterdrückten Zerschlagungen, mit Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften mit Weisung durch ein beklagtes Bundeskanzleramt und einer unterirdischen, hundsmiserablen Justiz: Massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte

Kein Weiter-so mit einem System, das bis heute **jede Information über eine gigantische Umverteilung mit gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010** unterdrücken und keine Aufarbeitung, keine Rehabilitierung zulassen will?

Kein Qualitätsjournalismus mehr, nur noch Einschaltquoten bestimmen die Strategien des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der sich aus den Fängen des Establishments von alleine nicht mehr befreien kann.

Unerträglich sind die wachsenden Defizite des deutschen Rechtsstaates:

Als Beschwerdeführer der einsehbaren Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 (1 BvR 382/17) beklagt der Unterzeichner, dass er, offensichtlich auf Druck der heute beklagten Bundesregierung,

faktisch keinen Zugang mehr zum Grundgesetz hat:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe**

Ständige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, der bayerischen Staatsregierung und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang ist ein nicht mehr hinnehmbarer Dauerzustand, der mit dem grundrechtsgleichen Recht nach Art.20 Abs.4 zu bekämpfen ist

So schafft sich deutsche Justiz ab und schafft dafür die Basis für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe. Deutschland braucht die Wiederherstellung eines starken Rechtsstaats.

Einst im Nachtprogramm der ARD ausgestrahlt, Video jetzt auf YouTube einsehbar:

„**Erledigt! Deutsche Justiz im Dauerstress**“: Richter und Betroffene reden Klartext. Sie meinen, Deutschland mit seinem Justizsystem würde derzeit nicht einmal mehr in die EU aufgenommen. Offen sprechen sie über ihre Arbeitswelt und die teils unwürdigen Bedingungen, unter denen hierzulande Recht gesprochen wird.

Im europäischen Ranking der Besoldung deutscher Richter läge Deutschland auf einem der letzten Plätze, knapp vor Armenien oder Albanien, beklagen Mitglieder des Deutschen Richterbundes.

Richter haben keinerlei Motivation für rechtliches Gehör (ein grundrechtsgleiches Recht für Rechtssuchende), weil die Systematik des Staatshaftungsrechts viel zu verworren ist, hier auch noch die Verwicklung in mehrere, politisch motivierte Zerschlagungen mit Todesopfern, mit unbewältigter NS-Vergangenheit, mit kapitalen Vermögensschäden, mit sozialer und wirtschaftlicher Exklusion, mit staatlich erzwungener Altersarmut, mit Missbrauch von Staatsgewalt auf Bundesebene und Landesebene.

Deutsche Justiz im Dauerstress, im Bundesverfassungsgericht längst bekannt, flüchtet sich in ständige Versagung von rechtlichem Gehör (verfassungswidrig), mit der Behauptung, nicht zuständig zu sein, mit der Behauptung, gegen Bundes- und Landesregierung nichts erreichen zu können,

mit Abschiebung auf Zivilkammern, die sofortige Beschwerden überhaupt nicht bearbeiten können, weil ihnen der Einblick in Sachargumente und in entsprechendes Beweismaterial fehlt, aber aufgrund des gerichtlichen „Geschäftsplans“ zuständig wären

(Verfassungsbeschwerde AR 8799/16 vom 24.Dez.2016 mit 400 Seiten, zusätzlich in der Internet-Cloud nachlesbar:)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-20.pdf>

mit Abschiebung auf Zivilkammern, die nur noch realitätsfremde Rechtsbeschwerden zulassen wollen, damit eine Auseinandersetzung mit der Faktenlage übergangen werden kann, mit der Behauptung, dass Prozesskostenhilfe ohne eine Perspektive auf Erfolg nicht möglich sei (Begründung dafür leider Fehlanzeige und daher als Versagung von rechtlichem Gehör zurückzuweisen) und und und . . .

um vor allem komplizierte Gerichtsverfahren zu politisch motivierten Zerschlagungen möglichst schnell zu beenden, weil überhaupt keine Zeit und kein Interesse für eine gründliche Aufarbeitung und für eine „Trockenlegung von staatlichem Sumpfgelände“ vorhanden ist.

So schafft sich deutsche Justiz ab und schafft dafür die Basis für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe. Deutschland braucht die Wiederherstellung eines starken Rechtsstaats.

Richterliche Unabhängigkeit hat überhaupt keine Chance mehr.

Richter, die gründlich arbeiten und so mehr Zeit brauchen, werden in zuständigen Justizministerien als „faul“ abgewertet. Hier sprechen de facto die beklagte Bundesregierung und die beklagte Landesregierung Recht, sie diktieren die richterlichen Beschlüsse, im Grundgesetz ist dies nicht vorgesehen. „Der wilde Bock wird zum rechtschaffenen Gärtner gemacht“. Ungeheuerlich!

***Das System Deutschland ist längst sanierungsbedürftig!
Die Frage ist, ob es aus den Krisen lernen kann und so
sanierungsfähig wird. Die Hoffnung stirbt zuletzt.***

***„Wenn es ein Land gibt,
das aus den bisherigen Krisen nichts gelernt hat,
dann ist das Deutschland“***

Paul Krugman, Nobelpreisträger für Wirtschaft 2008.

Alle Presseinformationen in der Internet-Cloud nachlesbar:

Nr.7 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1802.pdf>

Nr. 6 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1708.pdf>

Nr. 5 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1707.pdf>

Nr. 4 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1702.pdf>

Nr. 3 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1604.pdf>

Nr. 2 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1602.pdf>

Nr. 1 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1308.pdf>

Oft angeklickt:

**Maischberger-Sendung über Zusammenhang von politisch
motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 72)